

Regierungsratsbeschluss

vom 21. Mai 2019

Nr. 2019/825
KR.Nr. I 0020/2019 (FD)

Interpellation Jacqueline Ehrsam (SVP, Gempen): Der Staat wirkt unaufhörlich als Beschaffer von Arbeitsplätzen Stellungnahme des Regierungsrates

1. Vorstosstext

Im "Wirtschaftsflash", dem Magazin der Solothurner Wirtschaft, konnte man in der Januar-Ausgabe 2019 entnehmen, dass der Personalbestand der kantonalen Verwaltung in den letzten 11 Jahren um genau 15 Prozentpunkte gestiegen ist. Während im Jahr 2009 total 2'797 Vollzeitstellen ausgewiesen wurden, werden es im Jahr 2019 bereits Total 3'215 Vollzeitstellen sein. Die Steigerung der Besoldungskosten beträgt 61,67 Millionen bzw. 19,2 Prozent.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Regierung höflich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Kann die Regierung diese Angaben bestätigen?
2. Wenn dem nicht so ist: was sind die effektiven Zahlen der Zunahme der letzten 11 Jahre?
3. Wie sieht die Entwicklung des Personalbestands in den einzelnen Departementen aus?
4. Was sind die wichtigsten Gründe für die Entwicklung des Personalbestandes in den einzelnen Departementen und welche Meinung hat die Regierung dazu?
5. In welchem Verhältnis steht die Entwicklung der letzten 11 Jahre (Personalbestand), bezogen auf folgende Parameter:
 - a) Entwicklung Einwohnerzahl
 - b) Entwicklung Firmen
 - c) Anzahl neu geschaffener Arbeitsstellen in der Privatwirtschaft
 - d) Einnahmen der Steuern der natürlichen und juristischen Personen
 - e) Entwicklung Steuerbelastung gesamt
6. Wie schätzt die Regierung die Personalentwicklung für die kommenden 5 Jahre ein?
7. Welche Vorschläge, Massnahmen kann die Regierung dem Kantonsrat unterbreiten, um den Personalzuwachs einzudämmen?
8. Kann sich die Regierung eine Personalkürzung über alle Departemente vorstellen? Wenn nicht: Welche Kürzungsvorschläge kann sich die Regierung für die einzelnen Departemente vorstellen?

2. Begründung

Im Vorstosstext enthalten.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Vorbemerkung

Wie mit diesem parlamentarischen Vorstoss richtig festgestellt wurde, ist der Personalbestand der kantonalen Verwaltung in den Jahren seit 2009 angestiegen. Ein erheblicher Anteil dieser Erhöhung ist auf Aufgaben zurückzuführen, welche neu durch den Kanton wahrgenommen werden. Als Beispiel wurden im Jahr 2014 alleine durch die Kantonalisierung der Heilpädagogischen Schulzentren (HPSZ) 133,5 Stellen in den Personalstellenplan der kantonalen Verwaltung übernommen. Als weiteres Beispiel dafür ist die Übernahme der Polizeiaufgaben der Stadtpolizei Olten durch die Kantonspolizei zu erwähnen. Diese umfasste 25 zusätzliche Stellen. Die weitere Erhöhung des Personalbestandes ist auf zusätzliche Aufgaben oder Aufgabenerweiterungen zurückzuführen und wird in der nachfolgenden Beantwortung detailliert dargelegt.

Jährlich werden im Turnus (alle drei Jahre) Botschaft und Entwurf der einzelnen Globalbudgets den parlamentarischen Kommissionen sowie dem Kantonsrat unterbreitet. Ein wichtiger Bestandteil dieser Vorlagen ist auch der Personalbestand. Die Erhöhungen des Personalbestandes sind in den Vorlagen jeweils begründet. Nur wenn die neue Vorlage bezogen auf die Produktgruppen, Ziele und Verpflichtungskredite durch den Kantonsrat beschlossen wird, ist ein entsprechender Personalaufbau möglich. Mit diesem Vorgehen ist eine transparente und kontrollierte Personalbestandsentwicklung gewährleistet. Sollte trotzdem einmal der Personalbestand von dem budgetierten Plan-Wert abweichen, wird dies im Geschäftsbericht unter den einzelnen Globalbudgets ersichtlich und begründet.

3.2 Zu den Fragen

3.2.1 Zu Frage 1:

Kann die Regierung diese Angaben bestätigen?

Die Angaben aus dem Wirtschaftsflash können nicht vollständig bestätigt werden, da sie nicht exakt den Daten aus den Geschäftsberichten bzw. dem Voranschlag 2019 entsprechen. Es ist jedoch richtig, dass der Personalbestand im ungefähren Rahmen angestiegen ist.

3.2.2 Zu Frage 2:

Wenn dem nicht so ist: was sind die effektiven Zahlen der Zunahme der letzten 11 Jahre?

Gemäss dem Geschäftsbericht 2009 (Kapitel 3.1.1 Pensenübersicht) wurden 2'830 Vollzeitstellen (Pensen) ausgewiesen und nicht 2'797 Vollzeitstellen. Für das Jahr 2019 sind im Voranschlag (Kapitel 4.1.1 Pensenübersicht) 3'207 Vollzeitstellen budgetiert. Somit beträgt die Veränderung 377 Vollzeitstellen bzw. 13 Prozent. Bei den Besoldungskosten ist mit einer Steigerung von 19 Prozent zu rechnen. Gemäss dem Geschäftsbericht 2009 (Kapitel 2.12.1 Volkswirtschaftliche Gliederung Erfolgsrechnung) wurden für die Besoldungskosten 321,56 Mio. Franken ausgewiesen. Für das Jahr 2019 sind im Voranschlag (Kapitel 2.10.1 Volkswirtschaftliche Gliederung Erfolgsrechnung) 382,79 Mio. Franken budgetiert. Gegenüber der Kantonsratsvorlage wurde der Betrag für den definitiven Voranschlag 2019 noch leicht reduziert. Die Veränderung entspricht somit einer Steigerung von insgesamt 61,23 Mio. Franken.

3.2.3 Zu Frage 3:

Wie sieht die Entwicklung des Personalbestands in den einzelnen Departementen aus?

Die folgende Tabelle beinhaltet die Anzahl Vollzeitstellen pro Departement. Die Vollzeitstellen der Jahre 2009 bis 2017 stammen aus den jeweiligen Geschäftsberichten (Kapitel 3.1.1 Pensenübersicht)¹. Die Anzahl der Vollzeitstellen per 31. Dezember 2018 entspricht den Daten, welche im Geschäftsbericht publiziert werden. Die Vollzeitstellen für das Budgetjahr 2019 entsprechen denjenigen aus dem Voranschlag 2019 (Kapitel 4.1.1 Pensenübersicht).

Vollzeitstellen (FTE) nach Jahr und Departement / Gerichte	Behörden / Staatskanzlei	Bau- und Justizdepartement	Departement Bildung und Kultur	Finanzdepartement	Departement des Innern	Volkswirtschaftsdepartement	Gerichte	Total
2009	31	356	718	447	851	323	104	2'830
2010	31	355	719	453	875	323	108	2'864
2011	37	359	725	456	877	300	110	2'864
2012	37	372	717	465	904	295	114	2'904
2013	37	360	715	465	937	299	110	2'922
2014	40	462	820	468	841	283	113	3'025
2015	39	459	821	474	856	295	112	3'056
2016	41	465	841	470	882	306	112	3'118
2017	42	466	840	482	891	307	114	3'142
2018	42	471	859	479	897	315	119	3'181
2019	45	477	854	490	910	316	116	3'207
Veränderungen 2009 - 2019 (FTE)	13	121	136	43	60	-8	12	377
Veränderungen 2009 - 2019 (%)	43%	34%	19%	10%	7%	-2%	12%	13.3%
Bereinigter Wert unter Berücksichtigung der Kantonalisierung bzw. Auslagerung von Aufgaben:								
Veränderungen 2009 - 2019 (FTE)	13	121	9	43	35	-8	12	226
Veränderungen 2009 - 2019 (%)	43%	34%	1%	10%	4%	-2%	12%	8.0%

Die Veränderung der Vollzeitstellen zwischen den Jahren 2009 und 2019 beträgt 377 Pensen. Den nachfolgenden Begründungen kann entnommen werden, dass mehrere Vollzeitstellen auf die Kantonalisierungen von neuen Aufgaben zurückzuführen sind. Um die Veränderungen korrekt beurteilen zu können, müssen die Werte (377 Vollzeitstellen bzw. 13 Prozent) um die Vollzeitstellen, welche durch die Kantonalisierungen geschaffen wurden, bereinigt werden:

- -133,5 Vollzeitstellen: Kantonalisierung des Heilpädagogischen Schulzentrums im Jahr 2014.
- -25 Vollzeitstellen: Übernahme der Polizeiaufgaben der Stadtpolizei Olten im Jahr 2016.

¹ In den Jahren 2010-2013 wurde das Hochbauamt ohne Einbezug von Hausabwarten und Raumpflegepersonal ausgewiesen, weshalb in obiger Tabelle beim Bau- und Justizdepartement eine entsprechende Korrektur vorgenommen wurde (Umfang der Korrektur: ca. +31-37 Stellen)

Zu beachten ist zudem, dass mit der Verselbständigung des Museums Altes Zeughaus im Jahr 2017 zusätzlich 7 Stellen bei der Kantonalen Verwaltung im Departement für Bildung und Kultur weggefallen sind. Somit beträgt der „bereinigte“ Wert der **Entwicklung des Personalbestandes der Jahre 2009 bis 2019 insgesamt 226 Vollzeitstellen bzw. 8 Prozent**. Wie auch in den nachfolgenden Begründungen dargelegt wird, ist diese Entwicklung auf neue Vorgaben des Bundes, Gesetzesänderungen, neue Anforderungen, neue Aufgaben und Mengenwachstum zurückzuführen. Für die Beantwortung der Frage 5 wird dieser bereinigte Wert verwendet.

3.2.4 Zu Frage 4:

Was sind die wichtigsten Gründe für die Entwicklung des Personalbestandes in den einzelnen Departementen und welche Meinung hat die Regierung dazu?

Allgemeine Bemerkungen

Die Entwicklung des Personalbestandes ist in den Geschäftsberichten jeweils dokumentiert und wird vorgängig durch den Kantonsrat im Rahmen des Voranschlags zur Kenntnis genommen und die dafür benötigten finanziellen Mittel genehmigt. Pro Departement werden in der nachfolgenden Auflistung die wichtigsten Veränderungen bezüglich Personalbestand (Vollzeitstellen bzw. Pensen) nach Globalbudget (GB) aufgezeigt. Die Veränderungen des Personalbestandes beziehen sich auf die Jahre 2009 (gemäss Geschäftsbericht 2009) und 2019 (gemäss Voranschlag 2019). Auf die Begründung von kleineren Veränderungen (z.B. befristete Anstellungen, Fluktuation, Stellvertretung Mutterschaftsurlaub, Doppelbesetzungen infolge Pensionierungen) wird verzichtet. Zudem werden Globalbudgets mit kleinen Veränderungen nicht aufgeführt.

Behörden / Staatskanzlei (Begründung für 12,0 Stellen)

- Dienstleistungen der Staatskanzlei: +12,0 Stellen
Erhöhungen im Jahr 2011 durch den Transfer des Bereiches Rechtsdienst Justiz aus dem Bau- und Justizdepartement (3,2 Stellen), für die Schaffung der Stabsstelle E-Government und IT-Koordination (1 Stelle), für die Fallbearbeitung medizinische Staatshaftung im Spitalbereich (0,7 Stelle) und für den Ressourcenausbau im Datenschutz (0,7 Stelle). In den Jahren 2014 bis 2016 mussten zur Sicherstellung der rechtskonformen Umsetzung des Archivgesetzes die personellen Ressourcen im Staatsarchiv ausgebaut werden (2,7 Stellen, wovon 0,6 Stellen vakant per 2018). Im Jahr 2016 folgten Erhöhungen in den Bereichen Datenschutz (IT-Experte), Fachstelle Geschäftsverwaltung (GEVER) und Mikrofilmstelle Staatsarchiv (2,1 Stellen). Im Jahr 2019 steigt der Personalbestand aufgrund von neuen Anforderungen in den Bereichen Kommunikation und Fachstelle Web (1,6 Stellen).

Bau- und Justizdepartement (Begründung für 121,1 Stellen)

- Führungsunterstützung BJD und amtliche Geoinformation: -3,2 Stellen
Stellenreduktion im Jahr 2011 durch den Transfer des Bereiches Rechtsdienst Justiz in die Staatskanzlei;
- Raumplanung: +5,2 Stellen
Stellenerhöhung in den Jahren 2009 bis 2019 infolge erhöhter Anforderungen der revidierten Raumplanungsgesetzgebung (qualitätsvolle Siedlungsentwicklung nach innen), Ersterfassung und Fortschreibung digitale Zonendaten, neue Aufgaben im Bereich der Agglomerationsprogramme, kantonsinterne Koordination betreffend Sachplan geologische Tiefenlager, erhöhte Anforderungen im Bereich Natur und Landschaft (Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kanton) und für die Umsetzung des Mehrjahresprogrammes Natur und Landschaft;

- Hochbau: +6,4 Stellen
Zunahme im Jahr 2013 für die Übernahme des Cafeteria-Personals (1,5 Stellen) in den Liegenschaften Schanzmühle/Greibenhof von der Pensionskasse. Weitere Erhöhung im Jahr 2017 für die Anstellung von eigenem Reinigungspersonal (4,9 Stellen) in der Schanzmühle/Greibenhof (anstelle von externen Reinigungsunternehmen);
- Administrative und technische Verkehrssicherheit (MFK): +102,3 Stellen
Im Jahr 2014 durch den Transfer aus dem Departement des Innern (97,8 Stellen). Im Jahr 2015 für die Umsetzung des Handlungsprogramms für mehr Sicherheit im Strassenverkehr (Via Sicura) und die höhere Anzahl technischer Fahrzeugprüfungen (4,5 Stellen);
- Umwelt: +1 Stelle
Erhöhung im 2011 infolge der Zurücknahme von ausgelagerten Arbeiten;
- Denkmalpflege und Archäologie: +3 Stellen
Zusätzliche befristete Anstellungsverhältnisse in den Jahren 2009 bis 2019 für nicht planbare Notgrabungen;
- Staatsanwaltschaft: +6,4 Stellen
Erhöhung des Personalbedarfs infolge der wachsenden Komplexität der Fälle.

Departement für Bildung und Kultur (Begründung für 137,0 Stellen)

- Volksschule: +154,3 Stellen
Erhöhung im Jahr 2014 für die Kantonalisierung der fünf heilpädagogischen Schulen zu den Heilpädagogischen Schulzentren HPSZ (133,5 Stellen). In den Jahren 2015 bis 2016 erfolgte eine weitere Zunahme an Lehrkräften aufgrund von höheren Schülerzahlen in den Heilpädagogischen Schulzentren (11,5 Stellen). Die Umsetzung der integrativen sonderpädagogischen Massnahmen (ISM) mit einer steigenden Zahl der zu betreuenden Kinder hat in den Jahren 2017 bis 2019 zu einem weiteren Stellenausbau HPSZ geführt (16 Stellen). Im Zeitraum 2014 bis 2016 umgesetzte Sparmassnahmen auf Basis der Massnahmenpläne 2013 und 2014 führten auf Amtsebene zu Stelleneinsparungen (-6,7 Stellen);
- Kultur und Sport: -7 Stellen
Reduktion durch die Verselbständigung des Museums Altes Zeughaus;
- Mittelschulbildung: -3,7 Stellen
Der Stellenbestand an der Kantonsschule Solothurn und Olten widerspiegelt in etwa die geführte Anzahl Klassen an Gymnasium, Sek P und Fachmittelschule (2009: 130 Klassen, 2019: 124 Klassen plus Vorkurs Pädagogik und Passerellen-Lehrgang);
- Berufsschulbildung: -6,6 Stellen
Reduktion durch leicht gesunkene Anzahl Klassen und erfolgreich durchgeführte Organisationsoptimierungen gemäss Massnahmenplan 2013.

Finanzdepartement (Begründung für 42,9 Stellen)

- Finanzen und Statistik: +3 Stellen
Verstärkung des Kompetenzzentrums SAP im 2010 und 2017 (je 1 Stelle) sowie Erhöhung im Jahr 2019 für die Zentralisierung der Kreditorenbuchhaltung (1 Stelle);

- Personalwesen: +0,5 Stellen
Übernahme und Aufbau des internen Case Managements vom Krankentaggeldversicherer (Begleitung von Krankheitsfällen) ab 2019;
- Steuerwesen: +15,7 Stellen
Mengenwachstum, Komplexitätsanstieg aufgrund von Steuergesetzrevisionen, zusätzliche Aufgaben AIA (automatischer Informationsaustausch), höherer Eingang von straflosen Selbstanzeigen sowie eine erhöhte Belastung aus dem Informatikprojekt SOTAXX (neue Steuerlösung);
- Informationstechnologie: +11,3 Stellen
Ausbau in den Bereichen Support, Projektleitende, Systemspezialisten und in der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT);
- Amtschreiberei-Dienstleistungen: +12,4 Stellen
Ablösung des nebenamtlichen Weibelwesens (60 Personen) bei den Betreibungsämtern, Mengenwachstum, Aufbau eines Kompetenzzentrums für Güterregulierung und Neuvermessung im Grundbuchamt.

Departement des Innern (Begründung für 58,5 Stellen)

- Gesundheitsversorgung: +7,6 Stellen
Erhöhung in den Jahren 2016 bis 2019 für die Übernahme der Bereiche Lotteriede- und Sportfonds, Rechtsdienst, Empfang Ambassadorshof sowie Controllerdienst;
- Soziale Sicherheit: +43,2 Stellen
Zunahme in den Jahren 2012 bis 2015 für den Aufbau der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde inkl. Aufsichtsbehörde (29,7 Stellen) sowie in den Bereichen Schwarze Liste, kantonales Integrationsprogramm (KIP), Projekte Aufsicht und Clearingstelle Pflegefinanzierung (6,2 Stellen) und in den Jahren 2016 bis 2018 für den Aufbau des Vollzugs Familien-Ergänzungsleistungen sowie den Vollzug der Jugendförderung (5,6 Stellen). Ab dem Jahr 2019 neue bzw. zusätzliche Aufgaben in den Bereichen Case Management, Clearingstelle Spitex, Aufsicht Pflegefamilien und Gesundheitsförderung (1,7 Stellen);
- Migration (ehemals öffentliche Sicherheit): -22,5 Stellen
Erhöhung um 17,5 Stellen im Jahr 2010 in den Bereichen Straf- und Massnahmenvollzug, biometrische Ausweise und Bewährungshilfe. Reduktion im Jahr 2011 aus dem Transfer der Abteilungen Untersuchungsgefängnisse, Bewährungshilfe sowie Straf- und Massnahmenvollzug in das Globalbudget „Justizvollzug“ (-50 Stellen). Zunahme im Jahr 2019 aufgrund der aus dem Bundesrecht resultierenden neuen und erweiterten Aufgaben im Bereich der Neustrukturierung des Asylwesens sowie im Integrationsbereich (10 Stellen);
- Administrative und technische Verkehrssicherheit (MFK): -95,8 Stellen
Erhöhung der Anzahl Technische Verkehrsexperten im 2012 (2 Stellen). Transfer sämtlicher Aufgaben und Ressourcen in das Bau- und Justizdepartement im Jahr 2014 (-97,8 Stellen);
- Justizvollzug: +65 Stellen
Erhöhung im Jahr 2011 aus der Übernahme der Abteilungen Untersuchungsgefängnisse, Bewährungshilfe sowie Straf- und Massnahmenvollzug vom Globalbudget „öffentliche Sicherheit“ (50 Stellen). Zunahme in den Jahren 2011 bis 2013 für die Betreuung in den Untersuchungsgefängnissen und für den Aufbau des Gesundheitsdienstes (8

Stellen). Weitere Erhöhung im Jahr 2014 für den Betrieb der neuen Justizvollzugsanstalt Solothurn im Deitingen Schachen (7 Stellen);

– Polizei: +61 Stellen

Korpserhöhung in den Jahren 2012 bis 2014 für die Bereiche Verkehrspolizei, Sicherheit, polizeiliche Sicherheitsassistentinnen und polizeiliche Sicherheitsassistenten (PSA), Staatsgarage / Staatschauffeure, Kantonaler Führungsstab (KFS) und im Bereich Insourcing Securitas (21 Stellen). Im Jahr 2015 folgte eine weitere Korpserhöhung in den Bereichen IT-Forensik, Kantonales Bedrohungsmanagement (KBM) und für die Bekämpfung der Einbruchskriminalität (7 Stellen). Im Jahr 2016 folgte die Übernahme der Polizeiaufgaben der Stadtpolizei Olten (25 Stellen). Ab dem Jahr 2018 erhöht sich das Korps in den Bereichen strukturierter Kriminalität (Menschen- und Drogenhandel), strafprozessualen Anforderungen und Internetkriminalität (8 Stellen).

Volkswirtschaftsdepartement (Begründung für -7,1 Stellen)

– Wirtschaft und Arbeit: -12 Stellen

Reduktion infolge Erholung der Wirtschaftskrise. Ein Jahr nach der Krise war im Jahr 2009 der Personalbedarf in den regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) besonders hoch. Die Veränderungen sind nur bei den bundesfinanzierten Stellen zu verzeichnen;

– Landwirtschaft: +9,9 Stellen

Erhöhung im Bereich Veterinärdienst für die Anpassung der Fleischkontrolle an die Schlachtkapazitäten, für die Sicherstellung des Tierschutzvollzugs in Grossbetrieben und für neue Bundesaufgaben wie Vollzug Milchhygiene, Probenahmen Tierseuchenüberwachung und für die amtstierärztliche Begleitung beim Export von Lebensmitteln tierischer Herkunft (7,3 Stellen). Weitere Stellen für die Fachstelle Bienen und aufgrund Bundesvorgaben für die Bereiche Beratung Herdenschutz, Vollzug Primärproduktionsverordnung Pflanzenbau und für die Umsetzung der Agrarpolitik (2,6 Stellen);

– Militär und Bevölkerungsschutz: -5 Stellen

Reduktion infolge Organisationsanpassung in den Jahren 2013 bis 2015 gemäss Massnahmenplänen 2013/2014.

Gerichte (Begründung für 9,9 Stellen)

– Gerichte: +9,9 Stellen

Im Jahr 2011 erfolgte eine Stellenerhöhung (2,5 Stellen) bei Gerichtsschreiber/innen und aufgrund der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO) und der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) sowie im Bereich Haftgericht (1 Stelle). Zunahme im Jahr 2012 im Bereich der Systemadministration (1 Stelle). Im Jahr 2013 bestand zusätzlicher Bedarf an einer bzw. einem Gerichtsschreiber/in im Verwaltungsgericht (1 Stelle). Im Jahr 2015 weiter/e Gerichtsschreiber/innen im Versicherungsgericht (1,2 Stelle) und eines Richters am Obergericht (0,2 Stelle). In den Jahren 2016 bis 2018 erhöhte sich der Stellenplan im Bereich der Systemadministration (3 Stellen).

Zusammenfassung

Die Veränderung der Vollzeitstellen zwischen dem Jahr 2009 und dem Jahr 2019 beträgt 377. Wie bereits aus der Beantwortung der Frage 3 und den Begründungen aus dieser Frage entnommen werden kann, sind mehrere Vollzeitstellen auf die Kantonalisierungen von neuen Aufgaben zurückzuführen. Um die Veränderungen korrekt beurteilen zu können, müssen die Werte (377 Vollzeitstellen bzw. 13 Prozent) um die Folgen dieser Kantonalisierungen bereinigt wer-

den. Der bereinigte Wert der Entwicklung des Personalbestandes der Jahre 2009 bis 2019 beträgt 226 Vollzeitstellen bzw. 8 Prozent.

Wir können hinter dieser Entwicklung des Personalbestandes stehen, da sie hauptsächlich auf die Übernahme von neuen Aufgaben zurückzuführen sind. Die Kantonale Verwaltung muss sich laufend an den veränderten Gegebenheiten anpassen und diese neuen Aufgaben erfüllen. Im Rahmen der Globalbudgetvorlagen wurden jeweils diese Entwicklungen vorgängig in den zuständigen parlamentarischen Kommissionen beraten und durch den Kantonsrat zur Kenntnis genommen.

3.2.5 Zu Frage 5:

In welchem Verhältnis steht die Entwicklung der letzten 11 Jahre (Personalbestand), bezogen auf folgende Parameter:

Allgemeine Bemerkungen

Für die Beantwortung der folgenden Fragen wird für die Berechnung der Verhältnisse der bereinigte Wert des Personalbestandes verwendet (siehe Antwort zu Frage 3 und 4).

a) Entwicklung Einwohnerzahl

Die Entwicklung der Einwohnerzahl des Kantons Solothurn (Quelle: Statistikportal Kanton Solothurn) betrug zwischen den Jahren 2009 (255'667 Personen) und 2018 (274'748 Personen) 7,5 Prozent. Dem gegenübergestellt lag der Personalbestand der Kantonalen Verwaltung im Jahr 2009 bei 2'830 Pensen und im Jahr 2018 bei 3'030 Pensen (bereinigter Wert). Diese Veränderung von 200 Vollzeitstellen entspricht einer Entwicklung von 7,1 Prozent und ist somit um 0,4 Prozent tiefer als die Entwicklung der Einwohnerzahl des Kantons Solothurn.

b) Entwicklung Firmen

Die Entwicklung der Firmen wurde der Statistik der Unternehmensstruktur (STATENT) des Bundesamtes für Statistik (BFS) entnommen. Die STATENT ist eine Statistik mit Angaben ab dem Jahr 2011, die zentrale Informationen zur Struktur der Schweizer Wirtschaft liefert. Die letzten aktuellen Daten sind für das Jahr 2016 aufgeschaltet. Aus diesem Grund werden für diese Gegenüberstellung die Jahre 2011 und 2016 verglichen. Die Entwicklung der Anzahl Firmen des Kantons Solothurn betrug zwischen den Jahren 2011 (15'339 Firmen) und 2016 (15'817 Firmen) 3,1 Prozent. Dem gegenübergestellt lag der Personalbestand der Kantonalen Verwaltung im Jahr 2011 bei 2'833 Pensen und im Jahr 2016 bei 2'960 Pensen (bereinigter Wert). Diese Veränderung von 127 Vollzeitstellen entspricht einer Entwicklung von 4,0 Prozent und fällt somit um 0,9 Prozent höher aus, als die Entwicklung der Firmen.

c) Anzahl neu geschaffener Arbeitsstellen in der Privatwirtschaft

Die Entwicklung der neu geschaffenen Arbeitsstellen in der Privatwirtschaft wurde ebenfalls der STATENT des BFS entnommen. Wie bereits in der Beantwortung der vorangegangenen Frage werden für die Gegenüberstellung die Jahre 2011 und 2016 verglichen. Die Entwicklung der geschaffenen Arbeitsstellen des Kantons Solothurn betrug zwischen dem Jahr 2011 (112'243 Beschäftigte) und dem Jahr 2016 (117'343 Beschäftigte) 4,5 Prozent. Dem gegenübergestellt lag der Personalbestand der Kantonalen Verwaltung im Jahr 2011 bei 2'833 Pensen und im Jahr 2016 bei 2'960 Pensen (bereinigter Wert). Diese Veränderung von 127 Vollzeitstellen entspricht einer Entwicklung von 4,0 Prozent und ist somit um 0,5 Prozent tiefer als die Entwicklung der neu geschaffenen Arbeitsstellen in der Privatwirtschaft.

d) Einnahmen der Steuern der natürlichen und juristischen Personen

Die Entwicklung der Steuereinnahmen der natürlichen und juristischen Personen kann den Geschäftsberichten entnommen werden. Im Jahr 2009 betragen die Steuereinnahmen 825,3 Mio. Franken (Geschäftsbericht 2009, Globalbudget Steuerwesen 6430, Seite 212, Total 6432) und 899,6 Mio. Franken im Jahr 2018 (Geschäftsbericht 2018, Globalbudget Steuerwesen, Seite 271, Total 6432). Die Entwicklung der Steuern beträgt somit 74,3 Mio. Franken und entspricht 9,0 Prozent. Dem gegenübergestellt lag der Personalbestand der Kantonalen Verwaltung im Jahr 2009 bei 2'830 Pensen und im Jahr 2018 bei 3'030 Pensen (bereinigter Wert). Diese Veränderung von 200 Vollzeitstellen entspricht einer Entwicklung von 7,1 Prozent und ist somit um 1,9 Prozent tiefer als die Entwicklung der Steuereinnahmen.

e) Entwicklung Steuerbelastung gesamt

Die Entwicklung der Steuerbelastung (Fiskalertrag¹) kann den jeweiligen Geschäftsberichten (Kapitel: Volkswirtschaftliche Gliederung Erfolgsrechnung) entnommen werden. Im Jahr 2009 betrug die Steuerbelastung 915,42 Mio. Franken und 993,35 Mio. Franken im Jahr 2018. Die Entwicklung der Steuerbelastung beträgt somit 77,93 Mio. Franken und entspricht 8,5 Prozent. Dem gegenübergestellt lag der Personalbestand der Kantonalen Verwaltung im Jahr 2009 bei 2'830 Pensen und im Jahr 2018 bei 3'030 Pensen (bereinigter Wert). Diese Veränderung von 200 Vollzeitstellen entspricht einer Entwicklung von 7,1 Prozent und ist somit um 1,4 Prozent tiefer als die Entwicklung der gesamten Steuerbelastung.

Zusammenfassung

Die obenstehenden Parameter können nur bedingt ins Verhältnis mit den Pensen in der Kantonalen Verwaltung gesetzt werden. Im Beispiel der Entwicklung der Firmen, wie auch der neu geschaffenen Arbeitsstellen in der Privatwirtschaft, konnte die allgemeine Wirtschaftslage nicht berücksichtigt werden. Wenn jedoch die prozentualen Werte miteinander verglichen werden, ist bei vier Parametern (Einwohnerzahl, neu geschaffene Arbeitsstellen, Steuereinnahmen der natürlichen und juristischen Personen und Steuerbelastung gesamt) das Personalwachstum tiefer als deren Entwicklung. Bei einem Parameter (Firmen) ist das Personalwachstum höher als deren Entwicklung.

3.2.6 Zu Frage 6:

Wie schätzt die Regierung die Personalentwicklung für die kommenden 5 Jahre ein?

Da alle drei Jahre (im Turnus) Botschaft und Entwurf der einzelnen Globalbudgets erarbeitet werden, kann die Personalentwicklung der nächsten fünf Jahre quantitativ kaum abgeschätzt werden. Wir beabsichtigen auch in Zukunft die kantonale Verwaltung so schlank wie möglich zu organisieren. Trotzdem muss aufgrund von neuen Vorgaben des Bundes, Gesetzesänderungen, neuen Anforderungen, neuen Aufgaben oder einem Mengenwachstum (Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum) mit einem gewissen Anstieg des Personalbestandes gerechnet werden. Anhand der zuletzt beschlossenen Globalbudgets sind für die Jahre 2020 und 2021 Personalentwicklungen im Umfang von 6,8 Stellen bekannt. Diese betreffen die Globalbudgets Dienstleistungen Staatskanzlei, Polizei, Finanzen und Statistik sowie Personalwesen. Als Erfahrungswert kann zudem die Entwicklung der letzten zehn Jahre herangezogen werden. In diesem Zeitraum erhöhte sich der Personalbestand um insgesamt 8 Prozent. Dies entspricht einem jährlichen Wachstum von 20 bis 25 Vollzeitstellen. Unter Berücksichtigung der bereits bekannten Erhöhungen rechnen wir mit einer vergleichbaren Entwicklung.

¹ Fiskalertrag setzt sich zusammen aus den direkten Steuern Natürliche Personen, direkten Steuern Juristische Personen, den übrigen direkten Steuern sowie den Besitz- und Aufwandsteuern (Motorfahrzeugsteuer und Schiffssteuern der MFK)

3.2.7 Zu Frage 7:

Welche Vorschläge, Massnahmen kann die Regierung dem Kantonsrat unterbreiten, um den Personalzuwachs einzudämmen?

Der Personalzuwachs kann nur eingedämmt werden, wenn keine neuen Aufgaben mehr übernommen werden. Fallen Aufgaben weg, werden die zur Verfügung stehenden Ressourcen anderweitig eingesetzt oder mittels Stellenaufhebungen reduziert. Die Personalentwicklung der letzten 11 Jahre hat jedoch gezeigt, dass der Personalzuwachs nur durch neue Vorgaben des Bundes, Gesetzesänderungen, neue Anforderungen, neue Aufgaben und Mengenwachstum gestiegen ist. Da der Kanton diese Vorgaben laufend umsetzen muss, sehen wir keine Möglichkeiten den Personalzuwachs einzudämmen. Wir prüfen jedoch laufend, wie der Zuwachs tief gehalten werden kann. Für jede Stellenbesetzung, ob Wiederbesetzung oder eine neu geschaffene Stelle, muss ein Antrag gestellt und von den Dienststellen und der Departementsleitung geprüft und bewilligt werden. Der Kanton prüft dabei laufend, ob Kostenreduktionen möglich sind. Zudem wird alle drei Jahre mit Botschaft und Entwurf der Leistungsauftrag inkl. dessen Veränderungen der einzelnen Globalbudgets dem Kantonsrat unterbreitet. Nur wenn die neue Vorlage vom Kantonsrat beschlossen wird, ist eine entsprechende Personalbestandsentwicklung möglich. Falls innerhalb einer Globalbudgetperiode ausserordentlich eine Personalaufstockung notwendig ist, ist dafür ein Zusatzkredit zu beantragen. Diese Vorgaben ermöglichen für den Kantons- und Regierungsrat eine transparente und kontrollierte Ressourcenplanung.

3.2.8 Zu Frage 8:

*Kann sich die Regierung eine Personalkürzung über alle Departemente vorstellen?
Wenn nicht: Welche Kürzungsvorschläge kann sich die Regierung für die einzelnen Departemente vorstellen?*

Aktuell sehen wir keine Möglichkeiten einen Personalabbau über alle Departemente oder eines einzelnen Departementes vorzunehmen. Ein Personalabbau wäre mit Verzicht auf Aufgaben / Dienstleistungen gekoppelt. Alle Aufgaben welche der Kanton ausführt, wurden vorgängig vom Kantonsrat bewilligt und können somit nicht einfach reduziert werden.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Finanzdepartement
Personalamt (2)
Parlamentdienste
Traktandenliste Kantonsrat